

Eine Hand voll Pläne

Regierung und Opposition wollen das Gesundheitssystem reformieren. Doch über die Richtung der Reform herrscht Uneinigkeit. Worin sich die fünf Ansätze der Parteien unterscheiden - und wo sie Gemeinsamkeiten haben.
(16.11.2004)

Auf welcher Grundidee basiert das Konzept?

Wie wird der soziale Ausgleich zwischen Arm und Reich finanziert?

Wie wird der Arbeitgeber an den Gesundheitsausgaben beteiligt?

Was wird aus der gesetzlichen Krankenversicherung?

Wer zahlt mehr und wer wird entlastet?

Was sind die Vorteile und wo hakt es bei dem Konzept?

Auf welcher Grundidee basiert das Konzept?

Union

Die Union will ein Prämienmodell einführen. Demnach soll jeder Versicherte eine persönliche Prämie von 109 Euro aus eigener Tasche zahlen. Kein Arbeitnehmer soll aber mehr als sieben Prozent seines Bruttoeinkommens für die Krankenversicherung bezahlen. Zusätzlich sollen die Kassen weitere 60 Euro je Versicherten aus den Arbeitgeberbeiträgen erhalten, so dass eine einheitliche Gesamtprämie von 169 Euro für jeden Versicherten ankommt.

FDP

AOK, Barmer und Co. werden abgeschafft. Alle Bürger müssen aber obligatorisch eine private Krankenversicherung abschließen, welche die Grundrisiken abdeckt. Die Prämien richten sich nach Risiko und Alter.

SPD

Die SPD fordert eine Bürgerversicherung, in die nach längeren Übergangszeiten auch Beamte, Selbstständige, Politiker und Besserverdiener einzahlen. Beiträge werden nicht mehr nur auf den Lohn, sondern auch auf Kapitaleinkünfte fällig.

Grüne

Die Grünen setzen ebenso wie die SPD darauf, die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung „für alle“ weiterzuentwickeln. Beiträge werden auf alle Einkünfte erhoben, also auch auf die Kapitaleinkünfte sowie Vermietung und Verpachtung.

Seitenanfang

Wie wird der soziale Ausgleich zwischen Arm und Reich finanziert?

Union

Der Ausgleich wird aus einem Sondertopf geleistet werden, in den die Arbeitgeberanteile fließen. Diese betragen 6,5 Prozent der Bruttolöhne. Die Kinderversicherung soll zusätzlich durch einen Steuerausgleich finanziert werden. Dazu soll der Spitzensteuersatz weniger stark abgesenkt werden als geplant, auf 39 statt auf 36 Prozent.

FDP

Der soziale Ausgleich soll über das Steuersystem finanziert werden. Welche Steuern die FDP verwenden will, ist unklar.

SPD

Der Sozialausgleich bleibt wegen der einkommensabhängigen Beiträge im System. Begrenzt wird die Solidarität aber durch die Beitragsbemessungsgrenze. Wer sehr gut verdient, zahlt nicht entsprechend mehr für die Krankenversicherung.

Grüne

Die Grünen sind sich hier mit ihrem Koalitionspartner einig.

Seitenanfang

Wie wird der Arbeitgeber an den Gesundheitsausgaben beteiligt?

Union

Der Arbeitgeberbeitrag soll auf 6,5 Prozent eingefroren werden. So kommen rund 65 Milliarden Euro zusammen, die in einen Gesundheitsfonds fließen. Von dort werden dann die 60 Euro pro Versicherten an die Krankenkassen weitergeleitet.

Von dem restlichen Vermögen soll der Sozialausgleich und die Kinderversicherung finanziert werden.

FDP

Die FDP will den Arbeitgeberbeitrag ebenso wie die CDU einmalig bei der Umstellung als Lohn auszahlen, der dann versteuert wird. Die Betriebe sind damit mittelfristig aus der Beteiligung an den Gesundheitskosten raus.

SPD

Die Sozialdemokraten wollen an der paritätischen Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer festhalten.

Grüne

Die Arbeitgeber zahlen auch weiter den hälftigen Beitrag auf den Lohn. Die Grünen denken aber darüber nach, die Arbeitgeber mittelfristig vor steigenden Beiträgen zu bewahren.

Seitenanfang

Was wird aus der gesetzlichen Krankenversicherung?

Union

Die Union will an der Trennung zwischen gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und den privaten Anbietern festhalten. Die Prämie soll nur für den Kreis der GKV-Versicherten eingeführt werden. Auch die Kinder von Privatversicherten sind prämienfrei mitversichert.

FDP

Die gesetzlichen Krankenkassen werden in private Versicherungen umgewandelt. Die private Versicherungswirtschaft erhält rund 70 Millionen neue Kunden.

SPD

Gesetzliche und private Krankenkassen sollen gleichermaßen einen Bürgerversicherungstarif anbieten können. Langfristig wird den privaten Versicherungen jedoch das Neugeschäft entzogen.

Grüne

Auch die Grünen wollen sowohl den gesetzlichen als auch den privaten Versicherungen die Möglichkeit bieten, eine Bürgerversicherung anzubieten. Die Privaten sollen sich ansonsten auf Zusatzversicherungen konzentrieren.

Seitenanfang

Wer zahlt mehr und wer wird entlastet?

Union

CDU und CSU versichern, dass eine Familie mit mittlerem Einkommen entlastet würde. Verdient ein Arbeitnehmer 3500 Euro, zahlt er derzeit rund 248 Euro an Krankenversicherung aus eigener Tasche - im Prämienmodell nur 109 Euro. Nicht berufstätige Ehepartner sind aber nicht beitragsfrei mitversichert, sondern müssen eine eigene Prämie zahlen. Auch in diesem Fall soll die Belastung maximal sieben Prozent des Bruttoeinkommens betragen. Wer weniger verdient, muss einen Zuschuss beantragen. Allerdings sollen im nächsten Jahr die Kassenbeiträge um 0,9 Prozent gesenkt werden - wegen der Ausgliederung von Krankengeld und Zahnersatz. Die Versicherten zahlen demnach ab 1. Juli 2005 durchschnittlich 6,65 Prozent ihres Lohnes an die Krankenversicherung - das ist bei Geringverdienern weniger als beim Unionsmodell.

FDP

Wer gut verdient und jung ist, profitiert. Ältere, die eher krank werden und teurere Tarife zahlen müssen, werden stärker zur Kasse gebeten. Ob Geringverdiener entlastet werden oder draufzahlen, hängt von der konkreten Ausgestaltung des Sozialausgleichs ab.

SPD

Arbeitnehmer und Arbeitgeber profitieren von sinkenden Beiträgen auf die Löhne. Stärker belastet werden Menschen mit hohen Kapitaleinkünften. Für Kleinsparer soll es Freibeträge geben.

Grüne

Wenn durch die zusätzlichen Einkünfte die Einnahmen der Krankenkassen steigen, können im Gegenzug die Beiträge auf das Arbeitseinkommen gesenkt werden. Wer hohe Mieteinnahmen hat, zahlt aber vermutlich mehr. Ebenso Menschen mit hohen Kapitaleinkommen, auf die sie künftig Beiträge zahlen müssen.

Seitenanfang

Was sind die Vorteile und wo hakt es bei dem Konzept?

Union

Vorteil: Viele würden weniger an die Krankenkasse zahlen. Besserverdienende Privatversicherte, die den höheren Spitzensteuersatz von 39 Prozent zahlen, finanzieren den Solidarausgleich mit. Privatversicherte profitieren jedoch auch,

weil ihre Kinder kostenlos mitversichert wären. Nachteile: Kritiker werfen der Union vor, dass sich das System nicht rechnet. Experten sehen Milliarden-Deckungslücken. Außerdem sei das Modell zu bürokratisch. Ärzte kritisieren, mit 169 Euro pro Versichertem sei der medizinische Standard nicht zu halten.

FDP

Steigende Gesundheitsausgaben belasten nicht mehr den Arbeitsmarkt. Das Konzept ist aber nicht ausgereift – vor allem, was den Sozialausgleich angeht. Die private Krankenversicherung ist nicht effizienter.

SPD

Das unproduktive und ungerechte Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird aufgehoben. Die Erfassung der Kapitaleinkünfte könnte sich jedoch schwierig gestalten. Nicht logisch ist, dass Mieteinnahmen ausgenommen werden.

Grüne

Das unproduktive und ungerechte Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird aufgehoben. Die Erfassung der Kapitaleinkünfte könnte sich jedoch schwierig gestalten..

[Seitenanfang](#)